

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/160

Bad Godesberg, den 25. August 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>"Gesamtdeutsche Ungeduld"?</u> Hauptaufgabe der deutschen Politik - Verbesserung innerdeutscher Kontakte	69
3	<u>Schon das letzte Wort gesprochen ?</u> Nachspiel um Untergang des U-Hai	46
4 - 5	<u>Keine Sonne über Griechenland</u> Eine Zwischenbilanz des Terrors der Militärjunta Von Günter Markscheffel	90

* * *

"Gesamtdeutsche Ungeduld"?

Hauptaufgabe der deutschen Politik -
Verbesserung innerdeutscher Kontakte

ler - Sicherlich war es nicht "gesamtdeutsche Ungeduld", wie eine führende Tageszeitung vermutete, von der sich das Bundeswirtschaftsministerium leiten ließ, als es die Widerrufs Klausel im Interzonenabkommen aufhob. Sie wurde ohnehin nicht angewandt und hatte sich als überflüssig erwiesen. Sie gab den Machthabern im anderen Teil Deutschlands den willkommenen Vorwand, Geschäftsabschlüsse andererorts zu tätigen; ganz abgesehen von dem politischen Propagandagewinn, den sie hier und da in der Auseinandersetzung mit der Bundesrepublik vielleicht verbuchten.

Das Bundeswirtschaftsministerium hat nun ohne viel Aufhebens eine weitere Maßnahme zur Belebung und Erleichterung des innerdeutschen Handels getroffen. Der Zahlungsverkehr für den Warenaustausch und für Dienstleistungen im innerdeutschen Handel wickelte sich bisher über Unterkonten ab, für die eine Überziehungsmöglichkeit von zweimal Hundert Millionen DM Verrechnungseinheiten (Swing), bestand. Die neue, von der Treuhandstelle für Interzonenhandel mit der zuständigen Stelle in Ostberlin getroffene Regelung legt den getrennten Kreditrahmen für beide Konten zusammen.

In der Praxis bedeutet dies, daß nun Ostberlin im Austausch gegen "harte Waren", wie Erzeugnisse aus der Stahl-, Elektro- und Maschinenbauindustrie; nun "weiche Waren", wie Textilien und Nahrungsmittel, liefern kann. Eine Erhöhung des Gesamtkredits von 200 Millionen DM ist mit dieser Regelung nicht erfolgt, wohl aber gibt diese Maßnahme dem anderen Teil Deutschlands die Möglichkeit, nun Produkte aus der Bundesrepublik zu beziehen, auf die es besonders Wert legt und die es für die Modernisierung seiner eigenen Industrieanlagen braucht.

Die Lieferungen halten sich im Rahmen des 200 Millionen Kredits. Innerhalb dieses Rahmens erweitert sich für Ostberlin der Spielraum auf den Bezugskonto für "harte Waren" um etwa 25 bis 30 Millionen DM. Das ist gewiß keine ins Gewicht fallende Summe, doch immerhin geeignet, den Interzonenhandel von lästigen Auflagen zu befreien. Zeugt dies von einer "Spendierfreudigkeit der Bundesregierung", wie die gleiche Zeitung diese getroffene Regelung etwas geringschätzend bewertet?

Von Spendierfreudigkeit kann keine Rede sein, wohl aber von der kon-

sequenter Verfolgung einer Politik, die in der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 ihren Niederschlag gefunden hat. Darin heißt es, die neue Bundesregierung wolle in Verhältnis zum anderen Teil Deutschlands keine neuen Gräben aufreißen, sondern bestehende zuschütten. Dieses Bekenntnis zu einer den neuen Gegebenheiten Rechnung tragenden Politik durfte nicht zur Phrase werden. Die Regierung meint es ernst. Die innerdeutsche Diskussion erhält neue Akzente, sie wird heute im Kabinett und in der deutschen Öffentlichkeit anders geführt als in früheren Jahren.

Manchem fällt es schwer, dem Wandel zu folgen; sie lassen sich irritieren durch die Haltung der Gegenseite und folgern daraus ihre eigene Rechtfertigung der Negation. Wer das "NEUE DEUTSCHLAND", das Zentralorgan der SED, dafür zum Maßstab nimmt, macht es sich freilich sehr bequem. Er überschätzt dessen Rolle und übersieht schwer ins Gewicht fallende Unwägbarkeiten.

Die Verbesserung der innerdeutschen Kontakte - und dies nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet - bleibt eine Hauptaufgabe der deutschen Politik. Es wäre allerdings eine Veressenheit, zu erwarten, daß durch die engere Verflechtung beider Teile Deutschlands die deutschen Kommunisten zu vorbildlichen Demokraten würden. Der Kommunismus ist kein ausländisches Problem, er bleibt eine Aufforderung, mit der jedes Volk fertig werden muß. Allzulange haben viele geglaubt, man könnte sich dieser Aufforderung entziehen. Negatives Abwarten führte in den vergangenen Jahren die deutsche Politik in die Abseitsstellung und ins Grabendenken. Aus beider müssen wir heraus. Das freiheitliche Deutschland hat sich zu stellen und braucht dabei keine Minderwertigkeitskomplexe zu haben. Wir müssen nur dazu den Mut und die notwendigen Einsichten aufbringen. Unser durch die Teilung geplagtes Volk, muß mit sich selbst fertig werden und zu einem geregelten Nebeneinander zwischen beiden Teilen Deutschlands finden, das Europa den Alpdruck nimmt, durch deutsche Querelen in dauernder Unruhe gehalten zu werden.

Erleichterungen im Interzonenhandel haben mit "Spendierfreudigkeit" nichts zu tun. Sie sind ein Gebot der politischen Vernunft. Auch steckt dahinter keine "gesamtdeutsche Ungeduld", wohl aber die Erkenntnis, daß wir, trotz aller Widerstände auf der anderen Seite, nicht die Zeichen der Zeit bei Strafe des eigenen Versagens verkennen dürfen. Das wäre ein Luxus, den wir uns nicht erlauben können.

Schon das letzte Wort gesprochen ?

Nachspiel um Untergang des U-Hai

s.K. - Auf einen Beschluß der Staatsanwälte zu Lübeck vom letzten Donnerstag muß nun doch näher eingegangen werden. Sie waren zu der Erkenntnis gelangt, daß es jedenfalls für noch lebende Angehörige der Bundesmarine keine hinreichenden Verdachtsgründe für ein strafrechtliches Verschulden bei dem Untergang des U-Hai am 4. September 1966 gebe. Damals kamen bei dem bisher schwersten Schiffsunglück der Bundesmarine 19 von 20 Seeleuten ums Leben.

In jener Sturmnacht des 14. September in der Nordsee wurde ein kleiner Schiffsverband von Korvettenkapitän Mahrholz kommandiert. Mahrholz und die Kommandeure über ihm konnten sich, als U-Hai sich um 17.42 Uhr zuletzt per Funkpruch gemeldet hatte, nicht entschließen, in den von Handelsschiffen dicht befahrenen Seerevier - westliche Nordsee - internationalen Seenotalarm auszulösen. Die Matrosen von U-Hai, die noch durch das Turmklak schwimmend die Wasseroberfläche erreichten, erhielten so keine Rettungschance. Hier sollte man wohl auch die Argumente der Staatsanwälte, das Unterlassen des Seenotalarms sei entschuldbar, weil noch nie in Friedenszeit ein U-Boot bei Überwasserfahrt unterging, nicht durchgehen lassen.

Es war keine seetüchtige Flotte, die Mahrholz da kommandierte. Er befand sich zwar auf dem neuen Tender "Lech", aber dessen zur U-Boot-Suche notwendige Radaranlage war zeitweise ausgefallen. Der Seegang riß von U-Hecht ein langes Tau los, das sich in dessen Schraube verstrickte, so daß die "Lech" U-Hecht abschleppen mußte. Auf dem neuen U 3, das auch im Verband fuhr, fiel ein Generator aus. Vor diesem Hintergrund hatten alle Schiffe genug mit sich selbst zu tun, als man U-Hai vermißte.

Das U-Boot-Sicherungsschiff "Passat" wurde vor 30 Jahren gebaut und hatte schwer mit sich selbst in der See zu kämpfen. Das Nachrichtenblatt der Marineoffiziersvereinigung hatte vor dem U-Hai-Unglück erklärt, die Leistungen der Schiffe vom Typ "Passat" "sind völlig unzureichend". Der anerkannte Militärhistoriker Erich Gröner sagte über die U-Boote wie "Hai" und "Hecht" schon vor vielen Jahren: "Bei Überwasserfahrt schlechte See-Eigenschaften." Man weiß, die Boote sacken sehr leicht durch oder geraten in Seegang in eine gefährliche Schräglage.

Auf Schiffen dieser Art ging die Ausbildung deutscher U-Boot-Fahrer vorstatten. Man vermißt in dem Einstellungsbeschluß der Staatsanwälte einen Tadel in dieser Hinsicht an die dafür verantwortlichen Männer. Auf die Frage, wieviel Marineoffiziere und mit der Bundesmarine verbundene Männer bei den Gutachten und Untersuchungen mitwirkten, auf die sich die Staatsanwälte stützen, soll hier nicht näher eingegangen werden. Auch nicht auf die Tatsache, daß die Angehörigen der ertrunkenen Matrosen mehr schlecht als recht versorgt werden. Über den Untergang von U-Hai und den Tod von 19 Männern kann durch den Einstellungsbeschluß der Lübecker Staatsanwälte nicht das letzte Wort gesprochen sein.

Keine Sonne über Griechenland

Eine Zwischenbilanz des Terrors der Militärjunta

Von Günter Markscheffel

Die Militärjunta in Griechenland, die sich immer noch bemüht, den Schein der Legalität zu wahren, gerät jetzt in zunehmendem Maße und immer schneller in den üblen Geruch eines faschistischen Regimes. In keinem zivilisierten Staat der Welt glaubt man heute noch, daß der Militärputsch in Athen notwendig war, um einem "kommunistischen Aufstand" zuvorzukommen. Die von der Militärjunta vom ersten Tage ihrer Machtübernahme angewandten Terrormethoden erstrecken sich nachweislich gegen jeden Griechen, der es wagt, an der derzeitigen Regierung Kritik zu üben. Über Griechenland scheint keine Sonne.

Terror und Lüge

Zum permanenten Terror gesellt sich jetzt die permanente Lüge, beides Kainszeichen jeder Diktatur. Willkürliche Verhaftungen, Scheinprozesse mit abrupt eingesetzten Sondergerichten reißen nicht ab. Urteile, die von diesen Sondergerichten gefällt werden, stehen in keinem Verhältnis zu den sogenannten Straftaten. Für eine nichtangemeldete Familienfeier, an der außer den Familienangehörigen mehr als zwölf Personen teilnehmen, können Strafen bis zu 10 Jahren Zwangsarbeit verhängt werden. Jede kritische Äußerung gegen das Regime wird - sofern einer der zahllosen Spitzel beim nächsten Polizeirevier Meldung erstattet - mit sofortiger Verhaftung geahndet.

So "wirbt" man Spitzel

Es ist in Athen kein Geheimnis, daß die Militärjunta seit etwa acht Wochen die Zahl der Spitzel von Tag zu Tag vergrößert; sie hat jetzt mindestens die Höhe von 600 erreicht. Es gibt Spitzel an den Universitäten, in jeder Behörde, in den Geschäften, in der Straßenbahn. Hotelportiers und Kaffeehauskellner gehören zum "eisernen Bestand" der Spitzelkumpanei. Dabei ist es sicher, daß viele dieser Spitzel zu ihrer verwerflichen Tätigkeit erpreßt werden. Man lädt einen als Spitzel vorgesehenen "Mitarbeiter" bei einer Polizeidienststelle vor, eröffnet ihm, daß sein Bruder oder seine Schwester im Ausland Gegner des Regimes seien und kündigt an, man werde Geldüberweisungen vom Ausland nach Griechenland blockieren. Nach dem ersten Schreck wird dem Vorgeladenen dann mitgeteilt, er könne einer solchen Maßnahme ausweichen, wenn er sich "um das Vaterland verdient" mache und "Unruhestifter und Saboteure" denunziere. Da viele Griechen wegen mangelnder Einkünfte in der Heimat auf Geldüberweisungen aus dem Ausland angewiesen sind, kann man sich ungefähr vorstellen, mit welchem Erfolg die griechische Polizei zur Zeit ihre Spitzelwerbung betreibt.

Bekannte Schläger als "Gendarmen"

In den vergangenen vier Wochen wurden 126 als Republikaner bekannte Gendarmarie- und Armeeeffiziere "beurlaubt" oder vorzeitig in Pension geschickt. Ihre freigewordenen Stellen wurden meist von jungen Günstlingen der Militärjunta eingenommen. In kleinen Städten und Dörfern wurde die Anzahl der Gendarmen fast durchweg verdoppelt. Bekannte Schlägertypen und notorische Nichtsteuer paradieren jetzt durch die Straßen der Dörfer und Kleinstädte in maßgeschneiderten teuren Garbardineuniformen. Dabei muß man wissen, daß das Gehalt eines jungen Gendarmen das Zwei- bis Dreifache des Lohnes eines gelernten Metallarbeiters beträgt. - An den Uni-

versitäten Griechenlands hat man ca. 450 Studenten den Zutritt zu den Hörsälen verboten. Die meisten von ihnen sind als Anhänger der Zentrumsunion des früheren Ministerpräsidenten Papandreu oder der konservativen ERE-Partei des früheren Ministerpräsidenten Karamanlis bekannt.

"Gewerkschaften" vom Staat finanziert

Trotzdem gibt sich die Militärjunta immer noch den Anschein eines demokratischen Regimes. In letzter Zeit versucht man, frühere Gewerkschaftssekretäre zu kaufen, um mit deren Hilfe eine natürlich vom Staat finanzierte neue "Gewerkschaftsbewegung" aufzubauen. Bemühungen dieser Art haben jedoch nur dort einen relativen Erfolg, wo es sich um Arbeitnehmer handelt, die auf einer aus öffentlichen Mitteln finanzierten Baustelle u.ä. arbeiten. In den meisten privaten Betrieben stoßen die Versuche zur Gründung einer Pseudo-Gewerkschaft auf den passiven Widerstand der Arbeiterschaft.

Wirtschaft weiter verschlechtert

Die wirtschaftliche Situation Griechenlands hat sich weiter verschlechtert. Nur mit Hilfe des Tourismus, der auch zurückgegangen ist, kann der Schein einer lebendigen Wirtschaft gewahrt werden. Die Militärjunta ist sich jedoch darüber völlig im klaren, daß im Herbst nach dem Abflauen der Touristensaison mit Massenarbeitslosigkeit gerechnet werden muß. Deshalb werden zur Zeit krampfhaft Bemühungen unternommen, um ausländische Unternehmer zu günstigen Investitionen in Griechenland zu veranlassen.

Wieviele Häftlinge - wieviele Ermordete ?

Noch immer verschweigt die Militärjunta in Athen die tatsächliche Zahl der aus politischen Gründen Inhaftierten. Es ist zwar richtig, daß man einige Wochen nach dem Putsch eine Reihe von Verhafteten entlassen hat, wenn sie sich bereiterklärten, das schriftliche Versprechen zum Verzicht auf jede politische Tätigkeit abzugeben. Seither sind jedoch zahlreiche neue Verhaftungen erfolgt, und es gibt in Athen keine zuständige Stelle, die darüber Auskunft erteilt, wo sich die Verhafteten befinden. Ihre Angehörigen erfahren manchmal erst nach Wochen den Aufenthaltsort der Verhafteten.

Auch die Zahl der "im Zuge der Machtübernahme" durch die Militärjunta ermordeten oder in Gefängnissen und Konzentrationslagern umgekommenen Verhafteten ist unbekannt. Ausländischen Journalisten, die sich bemühten, etwas darüber zu erfahren, wurde mit Ausweisung gedroht.

* * *

Es mag sein, daß der Tourist, der in diesen Wochen Griechenland besucht, wenig von allen diesen Vorgängen erfährt. Über Griechenland ist der Schleier des Terrors und des Schweigens ausgebreitet. Nur wer die griechische Sprache beherrscht und gute zuverlässige Freunde hat, die ihm etwas erzählen, kann die Realitäten des Griechenland von heute erkennen. In den Touristenzentren mit ihren Cafés und Hotels spielt sich das äußere Leben wie immer ab. Dieser Schein jedoch trägt.

Es ist durchaus möglich, daß sich die Militärjunta noch einige Zeit an der Macht hält. Sie wird jedoch nur an der Macht bleiben können, wenn sie den jetzt schon herrschenden Terror veretärkt und wenn die freie Welt vor dem Regime der Gewalt in Griechenland die Augen verhüllt.

+ * +